

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Hülsmann

Datum
04.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

26.06.2002

Betreff:

Vermeidung und Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch

- Ziele der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung nach § 117 Abs. 1 und 2 BSHG

- Besondere Ermittlungen nach § 67 a SGB X

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über die Vermeidung und Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch in der Stadt Siegen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Seit Jahren wird eine mehr oder weniger heftige öffentliche Diskussion über die missbräuchliche Inanspruchnahme von Hilfe zum Lebensunterhalt und dessen Umfang geführt. In weiten Kreisen der Bevölkerung und auch in der Politik ist dabei der Eindruck entstanden, dass eine hohe Missbrauchsquote vorliegt und bei konsequenter Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs enorme Einsparungen im Sozialhilfeeat zu erzielen sind.

Außerdem ist der Eindruck entstanden, dass die Sozialämter zu lasch an die Verhinderung des Sozialhilfemissbrauchs herangehen und auch nicht das erforderliche Instrumentarium für erfolgreiche Gegenmaßnahmen haben.

Im Mittelpunkt stehen u. a. folgende Missbrauchsformen:

- Verschweigen von Erwerbseinkommen und Vermögen
- missbräuchlicher (nicht mitgeteilter) Parallelbezug von Sozialleistungen
- Verschweigen einer eheähnlichen Gemeinschaft im Sinne von § 122 BSHG

- Manipulation der Unterkunftskosten und bei einmaligen Beihilfen für Hausrat, Bekleidung usw.

Der Gesetzgeber hat den Sozialämtern ein ganzes Maßnahmenbündel im BSHG, im SGB I und X, im Einkommensteuergesetz usw. zur Verfügung gestellt, damit Absichten zum Sozialhilfemissbrauch bereits im Vorfeld verhindert werden können. Dazu gehören die Mitwirkungs- und Mitteilungspflichten des Hilfeempfängers, der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe, die konkrete Arbeitsverpflichtung sowie automatisierte Datenabgleiche zwischen Sozialhilfeträgern und vorrangigen Leistungsträgern sowie sonstigen Behörden und die Möglichkeit, besondere Ermittlungen anzustellen.

Als wirksamstes Instrumentarium zur Aufdeckung, Verfolgung und Abschreckung von missbräuchlicher Inanspruchnahme der Sozialhilfe ist die am 01.01.1998 in Kraft getretene „Verordnung zur Durchführung des § 117 Abs. 1 und 2 BSHG“, die dem Sozialhilfeträger ermöglicht, am automatisierten Datenabgleich teilzunehmen.

Über diesen Datenabgleich lässt sich feststellen, ob Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe in dem zum Abgleich kommenden Zeitraum

- Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (u. a. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld) beziehen,
- Leistungen aus der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung erhalten,
- einer versicherungspflichtigen und/oder einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen oder
- über Zinseinnahmen aus angelegtem Vermögen verfügen.

Auch der Kreis Siegen-Wittgenstein hat seine Teilnahme an dem automatisierten Datenabgleich gegenüber dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger in Würzburg (VDR Würzburg) erklärt und nach Beseitigung der Auswertungsprobleme der Stadt Siegen erstmals einen auswertefähigen Datenabgleich zum Stand 31.03.1999 zur Verfügung gestellt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 5.1 – Allgemeine Sozialhilfe – wurden angewiesen, im Falle von schadhafte Parallelbezügen aufgrund unrichtiger oder verschwiegener Angaben des Hilfeempfängers wie folgt zu verfahren:

1. Schritt Gespräch mit dem Hilfeempfänger zum Sachverhalt sowie Neufestsetzung der Leistung
2. Schritt Neufestsetzung der Leistung bei gleichzeitiger Rückforderung zuviel gezahlter Sozialhilfebeträge
3. Schritt Neufestsetzung und Rückforderung und Erstattung einer Strafanzeige

Jahresergebnisse der Datenabgleiche gem. § 117 BSHG im Überblick:

Jahr	Fälle	ermittelte Überzahlung (DM)	Einstellungen der Sozialhilfe	Strafanzeigen
1999	129	550.000,00	17	21

2000*	80	221.000,00	11	23
2001**	72	69.000,00	16	5
Summe	281	840.000,00	44	48

Anmerkungen:

- *) Aus organisatorischen Gründen hat der VDR Würzburg für das I. Quartal 2000 keinen Datenabgleich vorgenommen.
- **) Der Datenabgleich für das IV. Quartal 2001 ist am 27.02.2002 übermittelt worden. Wegen der zeitintensiven Einzelfallprüfungen liegen die Ergebnisse noch nicht umfassend vor.

Das Fazit der bisherigen Praxis des Datenabgleichs zeigt folgende Erkenntnisse bzw. Tendenzen:

- ♦ Mit Hilfe des Datenabgleichs kann wirksam und effektiv Missbrauch aufgedeckt und von missbräuchlicher Inanspruchnahme abgeschreckt werden.
- ♦ Die überwiegende Mehrzahl der Hilfeempfänger (1999: 95 %, 2000: 97 %, 2001: 97 %) gibt dem Sozialamt gegenüber ihre Einkünfte korrekt an.
- ♦ Die Zahl der schadhaften Parallelbezüge und die Beträge der überzahlten Sozialhilfeleistungen sind stark rückläufig.

Nicht erfasst von dem automatisierten Datenabgleich nach § 117 BSHG werden Missbrauchsformen, die ihre Ursachen in dem Verschweigen einer eheähnlichen Gemeinschaft oder in der Manipulation von Unterkunftskosten oder einmaligen Beihilfen haben.

Dazu dürfen die Sozialämter nach § 20 SGB X den Sachverhalt von Amts wegen ermitteln und sie können Art und Umfang der Ermittlungen selber bestimmen.

Die Umsetzung eines Maßnahmekonzeptes des Fachbereichs vom 22.04.1998 (Bildung eines Ermittlungsdienstes zur Bedarfsfeststellung sowie zur Bekämpfung/Verhinderung von Sozialhilfemissbrauch) ist daran gescheitert, dass über die Finanzierung keine Einigung erzielt werden konnte.

Soweit konkrete Verdachtsmomente bestehen, führen daher die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 5.1 – Allgemeine Sozialhilfe – unangemeldete Hausbesuche durch, um Anhaltspunkte für das Bestehen einer eheähnlichen Gemeinschaft zu ermitteln oder einen konkreten Unterkunftskostenbedarf oder von Hausrat und Möbel vor Ort festzustellen.

Diese „Ermittlungsverfahren“ verursachen einen erheblichen Zeitaufwand und sind sehr arbeitsintensiv, da im besonderen die Rücknahme von rechtswidrigen Bewilligungsbescheiden, die Geltendmachung von Erstattungsansprüchen und die Neufestsetzung von gesetzeskonformen Leistungen sowie die Rückforderung zuviel gezahlter Leistungen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern qualifizierte Fachkenntnisse und eine hohe soziale Kompetenz erfordern.

Fazit:

Die intensive Nutzung der gesamten dargestellten Instrumentarien ermöglicht trotz des hohen Arbeitsaufwandes sowohl unbewusstes Verschweigen zusätzlicher Leistungen als auch bewussten Missbrauch zu überprüfen. Gleichzeitig wird der Hilfeempfänger für eine gewissenhafte Aufdeckung seiner Einkommens- und Vermögensverhältnisse und für den Wahrheitsgehalt seiner leistungsrelevanten Auskünfte

und Mitteilungen sensibilisiert und von missbräuchlicher Inanspruchnahme der Sozialhilfe abgeschreckt.

Die in der Öffentlichkeit kursierenden unterschiedlichen Vorstellungen über die Art und den Umfang von Sozialhilfemissbrauch werden anhand der Ergebnisse relativiert und teilweise widerlegt, wonach ein Leistungsmissbrauch von weniger als 5 % nachgewiesen werden konnte.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: